

**Mittelstandsrelevante Aussagen des Koalitionsvertrages  
von CDU/CSU und FDP  
„Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“**

Zitat des Koalitionsvertrages:

„Der Mittelstand ist das Herz der Sozialen Marktwirtschaft. Über 4 Mio. Selbstständige und mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer in Industrie, Handwerk, Handel Dienstleistungen und den Freien Berufen sind Motor für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland. Gemeinsam mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schaffen sie Werte und sorgen mit Kreativität und Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eigentümergeführte Familienunternehmen stehen für nachhaltiges Denken, gesellschaftlichen Zusammenhalt und solides Wirtschaften.“

Investitionsbereitschaft

Union und FDP erklären, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht durch höhere Arbeitskosten konterkariert werden darf.

Leistungsbereitschaft

Union und FDP wollen die Motivation und Leistungsbereitschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmer dadurch stärken, indem sofort damit begonnen werden soll, die Steuern zu senken, Bürokratie abzubauen und Anreize für reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geschaffen werden soll.

Steuern

- Union und FDP „verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik“.
- Sie wollen das Steuersystem „einfach, niedrig und gerecht“ gestalten und wollen die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent halten.
- Die erweiterte Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge soll beibehalten werden.
- Auch soll die kalte Steuerprogression beseitigt werden.
- Der Kinderfreibetrag wird zum 1.1.2010 zunächst auf 7008 Euro und das Kindergeld um je 20 Euro erhöht.
- Der Einkommensteuertarif wird zu einem Stufentarif umgebaut, der „möglichst“ ab 1.1.2011 gelten soll.

Sofortprogramm zur Entschärfung der Krise zum 1.1.2010

- dauerhafte Einführung der höheren Freigrenze bei den Zinsabzugsbeschränkungen von 3 Mio. Euro zur Entlastung der kleineren und mittleren Unternehmen
- Einführung eines Vortrages des EBITDA rückwirkend ab dem Jahr 2007 für den Zeitraum von jeweils 5 Jahren, um den Zinsabzug für die Unternehmen auch bei Konjunkturschwankungen zu verstetigen

- Reduzierung des Hinzurechnungssatzes bei den Immobilienmieten von 65% auf 50% bei den gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen
- Erleichterung der Umstrukturierung von Unternehmen durch eine Konzernklausel bei der Grunderwerbsteuer
- Bei den Ertragssteuern Einführung eines Wahlrechts, Anwendung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 Euro oder der Poolabschreibung für alle Wirtschaftsgüter zwischen 150 und 1000 Euro

### Steuervereinfachung

- verständlichere und anwendungsfreundlichere Ausgestaltung der Steuererklärungsdrucke und Erläuterungen
- Verzicht auf Papierbelege bei Kontakt mit Finanzämtern
- Für jeden Bürger soll auf Wunsch eine vorausgefüllte Steuererklärung mit den bei der Finanzverwaltung vorhandenen Daten noch in dieser Legislaturperiode zur Verfügung gestellt werden.
- Einführung des steuerlichen Abzugs privater Steuerberatungskosten
- Erarbeitung eines Konzeptes der steuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen für Familien und Kinder und im Haushalt
- Neuordnung der Abzugsfähigkeit von Ausbildungskosten
- Entbürokratisierung und Flexibilisierung der steuerlichen Förderung privater Altersvorsorge
- Überprüfung der Angemessenheit der Besteuerung des geldwerten Vorteils aus der Privatnutzung betrieblicher Fahrzeuge, auch Besteuerung von Jahreswagenrabatten für Mitarbeiter schnellstmöglich der Realität anpassen
- Grundsätzlicher Verzicht auf rückwirkende gesetzgeberische Maßnahmen, die sich auf die Bürger belastend auswirken
- Überprüfung der Abgabe einer Steuererklärung durch Arbeitnehmer für einen Zeitraum von 2 Jahren
- Beschränkung der Gebührenpflicht für verbindliche Auskünfte auf wesentliche und aufwändige Fälle
- Überprüfung des Kontenabrufverfahrens
- Zur Erhöhung der Planungssicherheit auf Seiten der Unternehmen und der Finanzverwaltung soll dafür gesorgt werden, dass Betriebsprüfungen zeitnah erfolgen. Dabei sollen Betriebsprüfungen innerhalb von 5 Jahren nach Beginn bzw. bei Beginn der neuen Prüfung abgeschlossen sein,
- Vereinfachung des Abzugs von außergewöhnlichen Belastungen
- Ermöglichung einer unbürokratischen elektronischen Rechnungsstellung

### Erbschaftsteuer

Die Regelungen zur Erbschaftsteuer sollen „entbürokratisiert, familiengerechter, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher“ ausgestaltet werden.

In einem Sofortprogramm wollen die Union und die FDP dazu neben einer speziellen Geschwisterregelung die Bedingungen für die Unternehmensnachfolge krisenfest ausgestalten.

- Die Zeiträume, innerhalb dessen das Unternehmen weitergeführt werden soll, will man verkürzen.
- Außerdem ist eine Absenkung der erforderlichen Lohnsummen geplant.
- In Abstimmung mit den Ländern soll geprüft werden, ob die Erbschaftsteuer hinsichtlich Steuersätzen und Freibeträgen regionalisiert werden kann.

### Unternehmensbesteuerung

- Die Union und die FDP wollen sich des Problems der Zweifachbesteuerung von Unternehmenserträgen auf der Ebene der Unternehmen und Anteilseigner einerseits und der nur einfachen Besteuerung der Erträge aus risikoarmen Zinsprodukten andererseits annehmen.

- Eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung soll auch den Ersatz der Gewerbesteuern durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.

#### Umsatzsteuer

- Einen Beitrag zur Bekämpfung des Steuerbetrugs und zur Verbesserung der Zahlungsmoral soll die Umstellung auf die Ist-Besteuerung sowohl auf Leistungserbringer- als auch auf Leistungsempfängerseite leisten. Dazu soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang das Prinzip der Ist-Besteuerung der Umsätze ausgeweitet werden kann.
- Die neuen Regierungsparteien wollen sich für Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter bei der Umsatzsteuer einsetzen.
- Auch soll die Wettbewerbsfähigkeit für die heimische Produktion von Biokraftstoffen auch unter steuerlichen Gesichtspunkten erhalten werden.
- Der Mehrwertsteuersatz soll im Bereich Hotel- und Gastronomiegewerbe auf 7 Prozent ermäßigt werden.

#### Bürokratieabbau

- Zur Eindämmung der Bürokratiekosten sollen die gesetzlichen Informationspflichten für Bürger und die gesetzlichen Handlungspflichten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung geprüft werden, bevor Gesetze erlassen werden.
- Für den Normenkontrollrat soll die Möglichkeit der Gesetzesbefristung ausdrücklich untersucht werden.
- An der bestehenden Verpflichtung, die gemessenen Kosten aus bundesrechtlichen Informationspflichten der Wirtschaft bis 2011 um netto 25 Prozent (im Vergleich zu 2006) zu senken, wird festgehalten.
- Dazu soll Bürokratiereduzierung in folgenden Bereichen vorgenommen werden:
  - Planungs- und Baurecht von Infrastrukturvorhaben;
  - Steuererklärungen, steuerliche und zollrechtliche Nachweispflichten;
  - Harmonisierung und Verkürzung der Aufbewahrungs- und Prüfungspflichten nach Handels-, Steuer- und Sozialrecht;
  - Betriebliche Beauftragte;
  - Antrag auf gesetzliche Leistungen, insbesondere für Existenzgründer und Kleinunternehmen sowie bei drohender Firmeninsolvenz;
  - Erleichterung der elektronischen Übermittlung der Gewerbeanzeige
- Geprüft werden sollen weiterhin die Verpflichtungen und Schwellenwerte des Handels-, Steuer-, Arbeits- und Sozialrechts hinsichtlich einer rechtsbereichsübergreifenden Harmonisierung.
- EU-Linien werden wettbewerbsneutral „1 zu 1“ umgesetzt.
- Das geltende AGG soll ebenfalls hinsichtlich eines möglichen Bürokratieabbaus geprüft werden.

#### Genehmigungsverfahren

- Es soll geprüft werden, ob bundesgesetzlich geregelte Genehmigungsverfahren verkürzt und beschleunigt werden können.
- Sie sollen nach Möglichkeit inhaltlich reduziert und verfahrenstechnisch sowie hinsichtlich der Kompetenzen konzentriert werden.
- Ein größeres Gewicht soll das Anzeigeverfahren bekommen.
- In Abstimmung mit den Ländern sollen Genehmigungsverfahren im Baurecht gestrafft werden.

#### Vergaberecht

- Das Verfahren und die Festlegung der Vergaberegeln sollen insgesamt vereinfacht und transparenter gestaltet werden.

- Die Transparenz im Unterschwellenbereich wird gestärkt.
- Die Erfahrungen aus der Anhebung der Schwellenwerte in der VOB und der VOL werden evaluiert. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse sollen bei der Reform des Vergaberechts berücksichtigt werden.
- Dazu gehören soll ein wirksamer Rechtsschutz bei Unterschwellenaufträgen.
- Ein Gesetzentwurf ist bis Ende 2010 vorgesehen.
- Das Bauforderungssicherungsgesetz steht vor einer baldigen umfänglichen Überprüfung hinsichtlich der Zielerreichung.
- Die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand bedarf einer deutlichen Verbesserung. Geprüft und gegebenenfalls korrigiert werden soll die 2009 eingeführte Berücksichtigung vergabefremder Aspekte.

### Unternehmensfinanzierung

Die Bedingungen zur Unternehmensfinanzierung sollen verbessert werden. Die Koalitionsfraktionen betonen, dass eine Kreditklemme des deutschen Mittelstandes unbedingt vermieden werden muss.

Das Kredit- und Bürgschaftsprogramm (Deutschlandfonds) wird evaluiert und geprüft, inwieweit eine Anpassung zur Unterstützung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft notwendig ist. Zudem wird erwogen, den kleinen Unternehmen eine schnell verfügbare und unbürokratische Liquiditätshilfe zur Verfügung zu stellen.

### Insolvenzrecht

- Die neue Regierung plant, die rechtlichen Rahmenbedingungen für außergerichtliche Sanierungsverfahren für Unternehmen im Vorfeld einer drohenden Insolvenz zu verbessern.
- Das Insolvenzplanverfahren soll vereinfacht und stärker als bisher auf die Früh-sanierung von Unternehmen ausgerichtet sein.
- Die schwarz-gelbe Koalition möchte eine Rückkehr zum Prinzip der Gleichbehandlung aller Gläubiger und somit die Beendigung der Bevorzugung der Sozialkassen im Insolvenzverfahren.
- Weiterer Regelungsbedarf bzgl. des Verschuldungsbegriffs, der Verwalterauswahl und des Verbraucherinsolvenzverfahrens soll geprüft werden. Der Grundsatz der zweiten Chance soll im Vordergrund stehen.

### Tarifautonomie / gesetzlicher Mindestlohn

Die Koalitionsparteien bekennen sich zur Tarifautonomie, die Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung haben soll.

Somit wird ein gesetzlicher Mindestlohn abgelehnt.

- Der Tarifausschuss soll gestärkt werden – Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen unter der Voraussetzung der grundsätzlichen Mehrheit im Tarifausschuss auf dem Verordnungsweg sind einvernehmlich im Kabinett zu regeln.
- Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn sollen bis Oktober 2011 evaluiert werden.
- Dabei wird geprüft, ob Arbeitsplätze gefährdet und die Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse durch die bestehenden Regelungen verhindert wird.
- Entschieden werden soll dann, ob die geltenden Regelungen weiteren Bestand haben oder aufgehoben werden sollten.
- Die Rechtsprechung zum Verbot sittenwidriger Löhne soll gesetzlich festgeschrieben werden.

### Befristete Beschäftigungsverhältnisse

Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse soll derart umgestaltet werden, dass die sachgrundlose Befristung nach einer

Wartezeit von einem Jahr auch dann möglich wird, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein Arbeitsverhältnis bestanden hat.

#### Mini-Jobs

- Geprüft werden soll die Erhöhung und die Dynamisierung der Grenze der Mini-Jobs.
- Bei den Hinzuverdienstregeln will man die Arbeitsanreize stärken.

#### Saisonarbeitskräfte

Die entsprechenden Regelungen sollen vereinfacht werden.

#### Mitarbeiterkapitalbeteiligung

- Es ist eine Erweiterung vorgesehen unter Geltung des Prinzips der doppelten Freiwilligkeit.
- Die Arbeitnehmer sollen auch durch Entgeltumwandlung Anteile am Unternehmen steuerbegünstigt erwerben können.
- Allerdings sollen die Kapitalbeteiligungen gleichzeitig auch die unternehmerische Mitverantwortung bedeuten.

#### Internationale Rechnungslegungsvorschriften

Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt sich für eine mittelstandsfreundliche Überarbeitung ein.

#### KfW

- Die Programme der KfW sollen einer laufenden Bewertung unterzogen und die Bearbeitungszeiten beschleunigt werden.
- Es soll eine Anpassung des KfW-Gesetzes hinsichtlich der deutlichen Straffung der Verwaltungs- und Aufsichtsstrukturen erfolgen.

#### Initiativen für Gründer und Kleinunternehmen

- Union und FDP wollen dafür sorgen, dass der Mittelstand weiterhin auf ein ausreichendes Angebot an eigenkapitalnahem Mezzaninkapital zurückgreifen kann.
- Das Angebot an Mikrokrediten soll ausgeweitet werden.
- Die Zeit der Restschuldbefreiung nach einem Fehlstart soll auf 3 Jahre halbiert werden.

#### Pfändungsschutz der Altersvorsorge Selbständiger

Die Pfändungsfreigrenzen für die Altersvorsorge Selbständiger sollen regelmäßig angepasst werden, um das Risiko der Altersarmut für Selbständige erheblich zu verringern.

#### Berufliche Bildung

- Die Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“ soll weitergeführt und ausgebaut werden.
- Die Rahmenbedingungen für die duale Berufsausbildung sollen flexibilisiert und den betrieblichen Erfordernissen angepasst werden.

#### Gesetzliche Unfallversicherung

Der Leistungskatalog soll überprüft, die Wirtschaftlichkeit der gewerblichen Berufsgenossenschaften verbessert und das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung entbürokratisiert werden.

### Künstlersozialversicherung

Union und FDP „werden die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung mit einer transparenten und nachvollziehbaren Versicherungspflicht fortsetzen“.

### Krankenversicherungssystem

Union und FDP bekennen sich zu den privaten Krankenversicherungen ebenso wie zu den gesetzlichen.

- Geplant ist, bei den Wahlтарifen der gesetzlichen Krankenversicherung die Abgrenzung zwischen die beiden Versicherungssäulen klarer auszugestalten und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beider beim Angebot von Wahl- und Zusatzleistungen zu erweitern.
- Ein Wechsel von der gesetzlichen in die private Krankenversicherung kann zukünftig statt wie bisher erst nach 3 wieder nach einem Jahr erfolgen, sofern die dafür notwendige Jahresarbeitsentgeltgrenze nachgewiesen überschritten wird.